

J. publ. G.

585

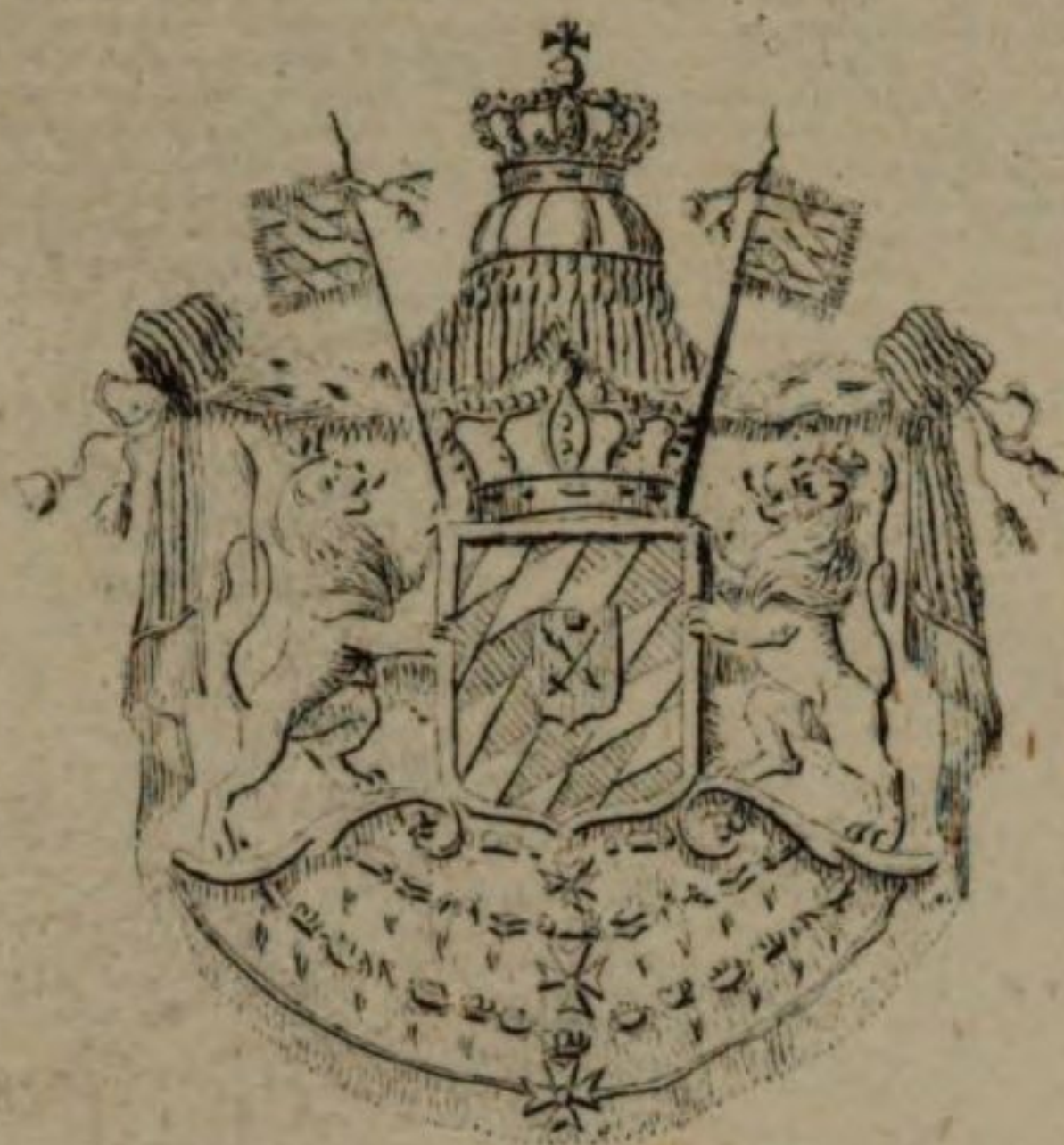
0





G. publ. G.  
585

Pfizer



**BIBLIOTHECA  
REGIA  
MONACENSIS.**



<36630785080016

<36630785080016

Bayer. Staatsbibliothek







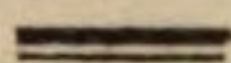
**ÜBER**  
**DAS STAATSRECHTLICHE VERHAELTNISS**  
**WÜRTEMBERGS**  
**ZUM DEUTSCHEN BUNDE.**

**EIN BEITRAG**

**ZUR WÜRDIGUNG DER NEUESTEN BUNDESBESCHLÜSSE**

**VON**

**P. A. PFIZER.**



**IM JULI 1832.**



**STRASBURG,**

**DRUCK VON FRIEDRICH CARL HEITZ, SCHLAUCHGASSE N.<sup>o</sup> 3.**

**IN COMMISSION BEI C. F. FUES, IN TUBINGEN.**

95. B.



1810

DAS STAATSGESCHICHTLICHE VERFAHREN

WÜRTTEMBERG

ZUM DRUCKGEHTEN BUCH

EIN BILDTAG

ZUM WERDEN DES RECHTEN ERGEBNISSES

VON

Bayerische  
Staatsbibliothek  
München

IM JAHRE 1810

STAMPED

DRUCK VON FRIEDRICH CARL HERTZ, SCHULSTRASSE N. 3.

IN COMMISSION HAT O. N. FRIEDRICH

1810



\*\*\*\*\*

**D**URCH die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung vom 28. Juni 1832 ist das staatsrechtliche Verhältniss der Verfassungsstaaten im deutschen Bunde und zum deutschen Bunde eine Frage von der ersten Wichtigkeit geworden. Dieses Verhältniss soll zwar hier zunächst nur in Beziehung auf Württemberg beleuchtet und erörtert werden ; da aber die einzelnen deutschen Landesverfassungen durchgängig sehr viel Analoges und Gemeinschaftliches haben , und da gerade die wichtigsten Bundesbeschlüsse , wenn es an der rechtsgültigen Zustimmung auch nur *eines* Staates fehlt, ihre gesetzlichverbindende Kraft zugleich für alle übrigen Bundesstaaten verlieren : so ist das Ergebniss gegenwärtiger Abhandlung auf Württemberg allein nicht beschränkt , sondern wird auch auf andere deutsche Staaten analoge Anwendung finden.

Eine Reihe von Jahren hindurch ist in Deutschland jeder Bundesbeschluss , als ein höheres Verhängniss , mit stillschweigender Ehrfurcht aufgenommen und mit leidender Geduld so lange getragen worden , bis allmäh-



lig Stände und Regierungen daran gewöhnt waren, sich auf die Beschlüsse des Bundes, wie auf unabwendbare Schicksalsschlüsse, zu berufen. Man gieng dabei von der an sich natürlichen Voraussetzung aus, dass ein Bund, dessen Bestimmung die Erhaltung der äussern und innern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten ist, — dass eine Behörde, die das grosse deutsche Vaterland in seiner Einheit und Gesammtheit zu vertreten hat, entweder mit einer über den einzelnen Landesregierungen stehenden Gewalt und Machtvollkommenheit bekleidet seyn, oder zu einem blossen Gaukelspiel herabsinken müsse. Man erwartete vom deutschen Bunde Schutz und Befriedigung aller gemeinsamen und höchsten Interessen des Vaterlands, und hätte ihn daher von Anfang gerne mächtig, stark und von dem Widerspruch gesonderter Lokal- und selbstsüchtiger Partheiinteressen unabhängig erblickt.

In der That war auch der Zweck des deutschen Bundes, wie ihn die Bundesakte ausspricht und wie derselbe anfangs verstanden und vom Bunde selbst erläutert wurde, so befriedigend bestimmt, dass von dieser Seite kaum etwas zu wünschen übrig blieb und dass es zu bezweifeln ist, ob eine den Verhältnissen Deutschlands angemessenere Bestimmung möglich gewesen wäre.

Die innere Sicherheit oder der allseitige Rechtsschutz *im Innern*, welcher neben der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten zuge-



sichert war , berechnete zu der Erwartung , dass der Bund nicht nur in allen deutschen Staaten für eine unpartheiische , ungehemmte und unverweigerliche Rechtspflege in Criminal- , Civil- und streitigen Verwaltungssachen sorgen , sondern auch für diejenigen bestrittenen Verhältnisse des öffentlichen Rechts , welche zur Entscheidung durch die Landesgerichte nicht geeignet sind , so wie für Streitigkeiten unter den Bundesgliedern , ein unabhängiges Bundesgericht aufstellen werde.

Wenn sodann der deutsche Bund «in seinen *äussern Verhältnissen* als eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht» (oder , mit *einem* Wort : als eine Einheit) bestehen sollte , so war die Erfüllung dieser weitem Hauptbestimmung eben so wesentlich bedingt durch Einheit und Gemeinschaftlichkeit aller derjenigen Staatseinrichtungen , welche sich auf die auswärtigen Verhältnisse , mithin auf Krieg und Frieden , oder auf den diplomatischen und merkantilischen Verkehr mit dem Auslande beziehen. Um Deutschlands äussere Sicherheit , als eines untheilbaren Ganzen , gegen fremden Angriff zu bewahren , mussten alle deutschen Staaten durch eine gemeinsame kraftvolle Wehrverfassung sich zu Schutz und Trutz verbinden , aber nicht gestatten , dass einzelne Bundesglieder an nichtdeutschen europäischen Kriegen Antheil nähmen. Um die gemeinsamen politischen Interessen Deutschlands , als einer Gesamtmacht , dem Auslande gegenüber in Friedenszeiten zu vertreten , war eine gemeinschaftliche Repräsentation



des deutschen Staatenvereins im diplomatischen Verkehre mit dem Auslande erforderlich, wogegen die Unzahl diplomatischer Agenten und Gesandtschaften der einzelnen Höfen ganz oder grösstentheils wegfallen konnte. Sollte endlich Deutschland in seinen merkantilischen Verhältnissen dem Auslande gegenüber als *ein* Land erscheinen, so bedurfte es zum Schutz des deutschen Handels und Gewerbflusses der Annahme eines gemeinschaftlichen Zollsystems und der Errichtung einer Nationalmauth, welche die Aufhebung aller Binnenmauthen zur nächsten und unmittelbaren Folge gehabt hätte.

Wäre Deutschland mit solchen Einrichtungen in die Reihe selbstständiger Nationen wieder eingetreten, und hätte dann der deutsche Bund im geeigneten Zeitpunkte sich noch überdiess entschlossen, für die verheissenen «gemeinnützigen Anordnungen» durch die gemeinnützigste und dankenswertheste von allen, durch die längstersehnte Nationalvertretung, eine sichere Grundlage herzustellen: so wäre damit jeder billigen Anforderung Genüge geschehen. Alles dies erwartete jedoch das deutsche Volk um so zuversichtlicher, als man keine Vorstellung davon hatte, wie der ausgesprochene Bundeszweck durch andere Mittel und Wege erreicht werden könne. In der Freude seines Herzens über die versprochene Wiederherstellung Deutschlands dachte aber auch beinahe Niemand daran, zu untersuchen, ob die grundgesetzliche Verfassung und Einrichtung des deutschen Bundes diesem für seinen erhabenen Beruf



auch die erforderlichen Mittel wirklich darbierte und gesichert habe. Bei dem guten Willen und den patriotischen Gesinnungen, wovon die mächtigsten Stifter des Bundes durchdrungen schienen, und bei den trostreichen Versicherungen, die man aus ihrem Munde vernahm, überliess man sich vielmehr der Hoffnung, dass der Bund, ungeachtet des beharrlichen Widerstrebens seiner mindermächtigen Genossen, doch noch Wege finden und sich die nöthigen Organe schaffen werde, um nach seiner Bestimmung der Schild der deutschen Freiheit und der Ehre wie der Rechte unsrer Nation zu seyn.

Als jedoch der Eifer für die gute Sache bei den Mächtigen in demselben Maass erkaltete, in welchem bei den Schwächern freisinnige und volksthümliche Grundsätze Eingang zu finden schienen; als der deutsche Staatenbund, mehr und mehr in einen Bund der Fürsten gegen die Völker ausartend, den jeder Klasse der Nation schuldigen Schutz ihrer verfassungsmässigen *Rechte* auf gegenseitigen Schutz der Fürsten und der fürstlichen *Interessen* beschränkte: da konnte auch die Frage nicht ausbleiben, ob derselbe Bund, der vermöge seiner Organisation und der Art seiner Zusammensetzung zu schwach war, um die gerechten Ansprüche der deutschen Völker zu befriedigen, dennoch Fug und Macht besitze, sie fortwährend zu kränken und in ihren Interessen zu verletzen. Seitdem der deutsche Bund, statt Alles für das deutsche Volk zu thun, den Wünschen



und Erwartungen, den Bedürfnissen und Forderungen dieses Volks in Allem entgegenhandelt, hat es an dringenden Aufforderungen nicht fehlen können, genauer hinzusehen und zu prüfen, ob denn die Grundgesetze des Bundes die einzelnen Staaten und Völker Deutschlands in der That verdammen, blindlings Alles über sich ergehen zu lassen was von der deutschen Bundesversammlung, ohne Berücksichtigung der Rechte und Interessen des deutschen Volkes und im Widerspruche mit den dieselben schützenden Landesverfassungen, beschlossen werden mag.

Das Resultat der Untersuchung war: dass Mangel an Nachdruck und Einheit, dass Schwäche und Charakterlosigkeit der ursprüngliche Grundcharakter des Bundes sey, dessen Häupter zwar der gemeinschaftliche Widerstand gegen die Emancipation der deutschen Völker äusserlich und zufällig zusammenhält, der aber die Sehnsucht eben dieser Völker nach einer nothwendigen und organischen Vereinigung durch volksthümliche Entwicklung der Bundesverfassung ohne Befriedigung lässt. Es fand sich, dass der Bund, so schön und preiswürdig sein ursprünglicher Zweck gewesen, in der Ausführung den weiland polnischen Reichstag sich zum Muster genommen und für seine wichtigsten Beschlüsse demselben Prinzip der Stimmeneinhelligkeit gehuldigt hatte, wodurch jener als Symbol der Zwietracht und Verwirrung längst in Deutschland sprüchwörtlich geworden war. So sehr aber diese Entdeckung früher die



Freunde des Vaterlands geschmerzt und bekümmert haben würde , so muss doch jetzt der Freund der Freiheit sich darüber freuen und sich glücklich schätzen , dass durch eine fehlerhafte Organisation der Bund sich selbst den Arm gelähmt und die Mittel genommen hat , unvolksthümliche und der Freiheit gefährliche Absichten mit einigem Scheine von gesetzlicher Berechtigung durchzuführen.

Umfang und Grenze der Berechtigungen des Bundes gegenüber von den einzelnen Bundesgliedern oder Gliederstaaten *aus den Bundesgrundgesetzen* nachzuweisen , ist nun auch der Zweck der vorliegenden Abhandlung. Nur wenn überall die ausdrücklichen Bestimmungen des Bundesgrundgesetzes zum Leitfaden genommen werden , ist es möglich , diejenigen Einseitigkeiten und Irrthümer zu vermeiden , denen man nicht entgehen kann , sobald man den deutschen Bund , der nach der Bundesakte weder reiner Staatenbund , noch reiner Bundesstaat , sondern ein Gemisch von beiden ist und vermöge der verheissenen gemeinsamen Anordnungen (B. A. Art. 6.) in fortschreitender Entwicklung vom erstern zum letztern begriffen seyn sollte , unbekümmert um entgegengesetzte positive Gründe und Bestimmungen , schlechthin entweder für das eine oder für das andere erklärt und sofort die aus dem theoretischen Begriff des Staatenbundes oder des Völkerstaates abgeleiteten Folgesätze auf die Verhältnisse des deutschen Bundes überträgt.

---



**D**ER deutsche Bund ist nach Art. 1 und 2 der Bundesakte ein Verein der souveränen Fürsten und freien Städte, also der selbständigen Staaten unseres Vaterlands, zu Erhaltung der äussern und innern Sicherheit Deutschlands und der *Unabhängigkeit* und Unverletzbarkeit der *einzelnen* deutschen Staaten, welche nach Art. 13 sämmtlich landständische Verfassungen erhalten sollen. Hieraus folgt:

1) dass die einzelnen *Staaten*, aus welchen (nach dem erläuternden Ausdruck des Art. 2 der Wiener Schlussakte) der Bund besteht, in ihrer Landesgesetzgebung und innern Verwaltung selbständig und unabhängig sind;

2) dass der Zweck des Bundes auf Erhaltung dieser Unabhängigkeit, so wie auf Sicherung und Handhabung eines allseitigen Rechtszustandes, namentlich im Innern nicht auf blosse Erhaltung der Ruhe (wie Baiern wollte und wie manche Publicisten jetzt noch gerne behaupteten) gerichtet ist;

3) dass der allseitige Rechtszustand, den der Bund verbürgt, auf der Grundlage landständischer Verfassungen beruhen soll.

Das erste, die Unabhängigkeit und Autonomie der einzelnen deutschen Staaten, hatte schon die Proclamation von Kalisch im Jahr 1813 ausgerufen, es war in allen nachfolgenden Manifesten und selbst im Pariser Frieden wiederholt und wird insbesondere dadurch be-



stätigt, dass bei Errichtung der Bundesakte das von Oestreich und Preussen für überflüssig erklärte Beiwort: «souverän» bei Benennung der in den Bund tretenden Fürsten auf besonderes Verlangen von Baiern, Sachsen, den beiden Hessen und Nassau aufgenommen wurde,

Akten des W. C. Bd. II. S. 402. 454. 459.  
493. ff.

und dass die ursprüngliche Absicht der Hauptmächte des Bundes, ein Minimum der landständischen Rechte, welche in Gemässheit des Art. 13 bewilligt werden müssten, festzusetzen, auf den Widerspruch derjenigen Mächte zweiten Rangs aufgegeben wurde, welche in einer solchen Bestimmung eine Beeinträchtigung ihrer Souveränitätsrechte erblickten.

Das zweite ist eben so unzweifelhaft, wenn man erwägt, dass die Bundesakte den Völkern, wie den Regenten Deutschlands nicht Ruhe, sondern Sicherheit verbürgt, und dass dasjenige, was in der Bundesakte mit dem Ausdruck: «innere Sicherheit Deutschlands» bezeichnet wird, in frühern Entwürfen, aus welchen die heutige Fassung hervorgegangen ist und die letzterer zum Grunde liegen, unter dem Ausdruck «innere Schonung der verfassungsmässigen Rechte jeder Klasse der Nation,» und «Sicherung der verfassungsmässigen Rechte eines jeden Einzelnen, so wie des Ganzen» vorkommt.

Akten des Wiener Congr. Bd. I. S. 57.



Chronik des Wiener Congr. S. 534.

Wenn vielleicht auch jetzt nicht mehr, so verstand man doch bei Errichtung der Bundesakte unter Deutschland nicht allein die deutschen Fürsten, sondern auch das deutsche Volk; unter Sicherheit nicht die Unterdrückung und Vernichtung anerkannter Rechte, sondern den Schutz, die Achtung und Heilighaltung des in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Rechtszustandes zwischen Volk und Fürsten. Sicher ist, wer keine Verletzung zu fürchten hat; dasjenige aber, was an einem Menschen verletzt werden kann, sind *seine Rechte*. Also ist Schutz aller und jeder Rechte erster Zweck und erste Pflicht des Bundes. Wenn jetzt bei veränderter Gesinnung der Machthaber ein neuer deutscher Bund gegründet werden sollte, so würde darin freilich wohl nicht mehr von der innern Sicherheit, sondern bloss noch von der Ruhe Deutschlands, nicht von Schutz der deutschen Völker und Unterthanen bei ihren Rechten, sondern von dem Zwang zu stiller schweigender Erduldung die Rede seyn. Dann müssten aber auch aus der Bundesakte die Artikel 12 - 19, welche sämmtlich der Sicherstellung innerer Rechtsverhältnisse und bürgerlicher Interessen in den einzelnen Bundesländern gewidmet sind, und aus der Schlussakte der den ungehemmten Gang der Rechtspflege sichernde Artikel 29 getilgt, es müsste die Erklärung:

Deutschland sey nur darum mit dem Blute der Völker von fremdem Joche befreit worden, damit



überall ein rechtlicher Zustand an die Stelle der Willkür treten möge, —

siehe Protok. der Bundes-Versamml. vom 17.

März 1817. §. 105.

erst zurückgenommen oder Lügen gestraft werden.

Nicht minder gewiss ist endlich auch das Dritte wohl für Jeden, der mit den Verhandlungen des Wiener Congresses auch nur oberflächlich bekannt ist, und nicht gegen alle Regeln einer vernünftigen Auslegung annehmen will, es habe in dem Art. 13 der Bundesakte kein Satz des positiven deutschen Staatsrechts, sondern bloss eine historische Vermuthung aufgestellt, eine publizistische Prophezeiung ausgesprochen werden sollen.

Mit diesen seinen Fundamentalsätzen würde aber der Bund sich in augenfälligen Widerspruch versetzen, wenn er sich das Recht anmaasste, irgend eine bestehende Landesverfassung einseitig und eigenmächtig abzuändern oder umzustossen, er würde, anstatt der Beschützer Deutschlands und der Vertheidiger seiner innern Unabhängigkeit, der Erhalter seines gesammten Rechtszustandes zu seyn, gegen den ausgesprochenen Bundeszweck und seinen feierlich übernommenen Verpflichtungen zuwider, der gefährlichste Feind seiner verfassungsmässigen Rechte und der Unterdrücker seiner Freiheit seyn. Derselbe Bund, dessen oberster Grundsatz es ist, dass unter allen Bundesgliedern und in allen Bundesstaaten, kein anderer, als ein rechtlicher Zustand bestehe,



würde eben hiemit einerseits die Unterthanen der einzelnen Bundesfürsten dem Bunde gegenüber als völlig rechtlos behandeln und der Willkür preisgeben, andererseits in die Autonomie der Gliederstaaten eingreifen und das Prinzip der Selbständigkeit und Unabhängigkeit in ihrer Landesgesetzgebung und innern Verwaltung verletzen, während doch Erhaltung der Souveränität der Bundesglieder als ein integrierender Haupttheil des Bundeszwecks aufgestellt ist.

Dem Bunde kann also nach seinem ausgesprochenen Zweck und seiner ganzen Bestimmung nicht das Recht zustehen, die Verfassung einzelner Bundesländer beliebig abzuändern, und was auf diese Weise von jedem deutschen Bundesstaate gilt, findet seine volle Anwendung namentlich auch auf Württemberg, das im §. 3 seiner (im Jahr 1819, mithin 4 Jahre nach dem Abschluss der Bundesakte erschienenen) Verfassungs-Urkunde für einen Theil des deutschen Bundes erklärt wird. Diese Verfassungsurkunde spricht es zwar nirgends ausdrücklich aus, dass der deutsche Bund nicht befugt sey, die Verfassung willkürlich abzuändern, aber es lässt sich hiefür kein anderer Grund denken, als der, dass man es für überflüssig hielt, etwas, das sich so von selbst versteht und, wie gezeigt worden, aus dem Zweck und Geiste der Bundesverfassung mit Nothwendigkeit folgt, und ohne das alle und jede Landesverfassungen ein blosses Spiel wären, noch besonders auszudrücken. Die Württembergische Verfassungs-



urkunde müsste dem deutschen Bund das Recht, unsere Verfassung abzuändern, ausdrücklich einräumen, wenn er ein solches exorbitantes Recht haben sollte: denn im Geist und in den Bestimmungen der Bundesakte ist dasselbe durchaus nicht begründet.

Da nämlich die Einführung landständischer Verfassungen zu den grundgesetzlichen Bestimmungen des Bundes gehört, da es ein Hauptzweck bei dessen Errichtung war, den deutschen Völkern in Anerkennung ihrer den deutschen Fürsten geleisteten Dienste und zu Befriedigung gerechter Erwartungen und Forderungen, zu Erfüllung feierlich ertheilter Zusagen den Genuss solcher Verfassungen zu sichern und unverkümmert zu erhalten: so darf einerseits der Bund keine in einem deutschen Lande bestehende Verfassung willkürlich und eigenmächtig abändern; andererseits würde die Regierung durch Anerkennung einer solchen Befugniß auf ihre bundesverfassungsmässige Unabhängigkeit verzichten und durch deren Aufnahme in die Verfassungsurkunde diese selbst rein illusorisch und den ganzen Abschluss des Verfassungsvertrags zu einem Werk der Lüge und der Täuschung gemacht haben. Eben so wenig kann sich aber auch die württembergische Regierung stillschweigend das Recht vorbehalten haben, durch willkürliche Uebereinkunft mit einem Dritten (d. h. mit dem Bunde) den beschwornen Vertrag beliebig wieder umzustossen. Und wie kopflos oder wie gewissenlos müsste vollends eine Ständeversammlung



gewesen seyn, die nach jahrelangen Kämpfen und Anstrengungen beim endlichen Abschluss gleich die Clausel an die Spitze des vollendeten Werks gestellt hätte: dem König steht es frei mit andern Fürsten Verträge *gegen* seine Unterthanen einzugehen, und diese unterwerfen sich zum Voraus solchen Verträgen, wenn durch dieselben die Verfassung, dieser Gegenstand so heisser Wünsche und die Frucht der angestrengtesten Bemühungen, zu Grunde gehen und vernichtet werden sollte!

Könnte jedoch hinsichtlich der Befugniss des Bundes zu Abänderung der Landesverfassung noch der mindeste Zweifel obwalten, so würde dieser durch die Bestimmungen der Wiener Schlussakte vom Jahr 1820 vollständig widerlegt.

Diese ist zwar erst ein Jahr nach dem Abschluss unserer Verfassung und ohne Mitwirkung der Stände erschienen, auch in Würtemberg niemals promulgirt worden, und kann insofern für Würtemberg keine Gesetzeskraft haben, oder gar unserer Verfassung derogiren. Dagegen ist sie nicht nur als Hülfsmittel für die doktrinelte Auslegung von hoher Wichtigkeit und ihre Sätze bilden eine um so stärkere Autorität, jemehr sie aus dem Bundesgrundgesetze selbst bloß die nothwendigen Folgesätze ableitet und deswegen mit der wissenschaftlichen Auslegung der Bundesakte zu demselben Resultate führt; sondern sie ist auch für die Regierung in denjenigen Punkten, welche von Seiten der Stände keinen Widerspruch erfahren, vollkommen bindend,



nachdem unsere Regierung den sämmtlichen Bestimmungen derselben ohne Vorbehalt beigetreten ist. Nur die Stände können ihre Gültigkeit anfechten; wollte die Regierung es auf den Grund der mangelnden Zustimmung der Stände versuchen, so wäre diess eine dolose exceptio ex jure tertii gegen ihr eigenes Faktum.

Die Regierung hat dadurch, dass sie ihrem Beitritt die Bedingung, die sie hätte beifügen sollen, nämlich die Zustimmung der württembergischen Stände, nicht beifügte, für sich selbst auch das Recht, diese Bedingung geltend zu machen, verloren und bleibt, so lange nicht eine ständische Verwerfung sie zur Zurücknahme ihres Worts ermächtigt, vollkommen gebunden. Ebenso wenig kann es aber auch von ihrer Willkür abhängen, ob sie von den günstigen Bestimmungen der Schlussakte zum Besten des Landes Gebrauch machen oder deren Wohlthaten ihren Unterthanen vorenthalten wolle, weil der König nicht für seine Person, sondern für das Land, als dessen Stellvertreter, Mandatar und Repräsentant, abgeschlossen hat und kein deutscher Souverän, keine deutsche Regierung, befugt seyn kann, die Wohlthaten, Vortheile oder Garantien, die der deutsche Bund Deutschland anbietet und gewährt, ihren Unterthanen vorzuenthalten. Vielmehr muss namentlich jeder deutschen Ständeversammlung, welche zur Mitwirkung bei Ausübung der Staatsgewalt berufen ist, das Recht zustehen, was der Bund den deutschen Staaten anbietet und verspricht, und was die



Regierung bereits angenommen hat, so weit es in das Gebiet der Gesetzgebung und Verfassung einschlägt, auch ihrerseits zu acceptiren.

Die Wiener Schlussakte sagt nun aber in ihrem 56. Artikel mit ausdrücklichen und klaren Worten:

«Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmässigem Wege wiederabgeändert werden.» und was bedarf es mehr als dieser einzigen Bestimmung, um die Widerrechtlichkeit aller und jeder Bundeseingriffe in die einmal bestehenden Landesverfassungen ins klarste Licht zu setzen und zu zeigen, dass nicht das Grundgesetz des Bundes und die Bestimmungen unserer Verfassung Schuld sind an dem unseligen Gebrauch der Bundesgewalt und an Beschlüssen, die den Freund des Vaterlands mit Scham und Schmerz erfüllen, sondern die Nichtachtung und Hintansetzung eben jener Gesetze und Bestimmungen.

Freilich wird es nicht an solchen fehlen, die auch hier zu schmälern und zu schneiden, zu deuteln oder zu verkümmern suchen. Die württembergische Regierung hat zwar in Beziehung auf die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 anerkannt, dass nach Art. 56 der Wiener Schlussakte dem deutschen Bunde das Recht, bestehende Landesverfassungen abzuändern, nicht zustehe. Aber nach der halbamtlichen Stuttgarter Zeitung N.<sup>o</sup> 212 soll doch das Bundesgesetz über den landständischen Verfassungen der einzelnen Bundes-



staaten stehen, und gleiche Thesis scheint selbst an der Landesuniversität gelehrt zu werden;

zu vergl. Mohl, Staatsrecht des Königreichs Württembergs. Bd. I. S. 565.

Auch kann man nicht wissen, wie die Bundesversammlung, deren Auslegungen die Württembergische Regierung sich zum Voraus unterworfen hat, den fraglichen Artikel 56 deuten wird.

Es ist also keineswegs überflüssig, den Gehalt der Einwürfe zu prüfen, welche gegen die obige Auslegung des Art. 56 von dieser oder von jener Seite her in Zukunft wohl erhoben werden dürften. Man wird einwenden: (denn zu welchen Behauptungen nimmt Willkür und Eigenmächtigkeit nicht ihre Zuflucht, um Ungerechtigkeiten zu beschönigen, und welche Beispiele einer ganz eigenen staatsrechtlichen Hermeneutik haben z. B. das Verbot der Vereine zu Berathung landständischer Angelegenheiten und der Adressen an den Bundestag geliefert!) — der Artikel 56 erkläre die einzelnen Landesverfassungen nur insoweit für unantastbar, als sie Bestimmungen über das Recht der Volksvertretung enthalten, nicht auch, insofern sie den Staatsbürgern anderweite Rechte, z. B. das der Pressfreiheit einräumen —

oder:  
dieser Artikel beziehe sich bloss auf die innern Verhältnisse der Bundesstaaten, spreche nur den souveränen Bundesfürsten das Recht ab, die landständischen Ver-



fassungen , die sie bei der ersten Einrichtung nach Gutdünken ordnen könnten , in der Folge willkürlich wieder abzuändern.

Was insbesondere die erste Einwendung betrifft , so könnte man solche durch nachstehende Schlussfolgerung zu stützen suchen : die Bezeichnung der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen als «landständischer» könne nicht umsonst und müssig da stehen , sondern müsse einen bestimmten Zweck und eine Bedeutung haben : hätte der Bund *jede* Bestimmung einer einmal in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Landesverfassung , und nicht bloss das Recht der Volksvertretung , das Bestehen von Landständen und die auf Volksvertretung sich beziehenden Rechte für unantastbar erklären wollen , so hätte man sicherlich bloss gesagt : jede in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung. Hierauf dient aber zur Antwort : allerdings ist das Beiwort «landständische» Verfassungen nicht müssig und bedeutungslos , aber es hat nicht den Sinn , den man ihm unterlegen will. Wenn der Art. 56 bloss von Verfassungen und nicht von *landständischen* Verfassungen spräche , so hätte er damit *jede* einmal eingeführte Verfassung für unabänderlich erklärt , also auch diejenigen Verfassungen , welche kein Recht der Volksvertretung anerkennen wollten , wodurch er mit Artikel 13 der Bundesakte sich in Widerspruch setzen würde. In Gemässheit dieses Artikels kann er nur landständische Verfassungen für unabän-



derlich erklären , d. h. solche , welche dem bundesgesetzlichen Princip der Volksvertretung huldigen. Der Sinn des Wortes landständisch im Art. 56 ist also der: jede in anerkannter Wirksamkeit bestehende Landesverfassung , vorausgesetzt , dass sie dem Art. 13 der Bundesakte gemäss eine landständische ist. Nach dem Grundsatz *denominatio fit a parte potiori* , nach dem im Jahr 1820 schon hinreichend festgestellten Sprachgebrauch ist aber unter einer landständigen Verfassung überhaupt jede Verfassung , welche neben andern grundgesetzlichen Bestimmungen das Princip der ständischen Vertretung ausspricht , gemeint , und aus Art. 56 die Widerruflichkeit jeder Verfassungsbestimmung , welche nicht die Landstände oder deren Rechte unmittelbar betrifft , abzuleiten , widerspräche ganz der anerkannten Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten in den innern Landesangelegenheiten. Dieselbe *ratio legis* nämlich , vermöge welcher dem Bunde das Recht abgesprochen ist , sich in die Organisation der Verfassung insofern solche die Einführung von Landständen betrifft , einzumischen , muss dem Bunde die Einmischung in die Verfassung überhaupt und besonders da , wo von individuellen Rechten der Staatsbürger die Rede ist , verbieten. Denn beiderlei Einwirkung widersetzten sich von Anfang an Baiern und Würtemberg , als die Souveränitätsrechte der Landesherren kränkend , und in beiderlei Beziehung haben sie bekanntlich ihren Widerspruch durchgesetzt. Auch darf



nicht ausser Acht gelassen werden, dass Landstände überhaupt nur das Organ und das gesetzliche Mittel zur Wahrung und Ausübung von reellen Rechten sind. Wäre daher in Artikel 56 nur die Unverletzbarkeit des Instituts der Landstände, nicht auch derjenigen Rechte, zu deren Wahrung ständische Versammlungen berufen sind, anerkannt: so würde sich die ungereimte Folgerung ergeben, dass der berühmte 13. Artikel im Sinne der Bundesakte erfüllt sey, sobald nur irgend einer Behörde der Name Landstände beigelegt wird, ohne dass dieselbe materielle Befugnisse in Anspruch zu nehmen und wirkliche Rechte zu vertreten hätte.

Um nun aber auch den zweiten Einwurf gehörig zu würdigen, ist es nöthig auf den Art. 56 näher einzugehen, nicht als ob ohne diesen Artikel der deutsche Bund ein Recht hätte, das ihm schon nach den Verheissungen der Proclamation von Kalisch, wie nach dem ausgesprochenen Zweck, dem Sinn und Geist der Bundesakte niemals zustehen kann, sondern nur um darzuthun, dass es bloss der gehörigen Anwendung und Vollziehung eines ausdrücklichen Bundesgesetzes bedarf, um beunruhigende Zweifel niederzuschlagen und die Wiederkehr ähnlicher Eingriffe in verfassungsmässige Rechte, wie die Censur und die Beschlüsse der zwei und zwanzigsten Sitzung der Bundesversammlung vom Jahr 1832 unmöglich zu machen.

Man könnte nämlich behaupten wollen, dass der



Art. 56 bloss das innere gegenseitige Verhältniss zwischen Volk und Regierung, nicht aber das Verhältniss des einzelnen Bundesstaats gegenüber vom Bunde zum Gegenstand habe, und dass derselbe nur den souveränen Bundesfürsten das Recht abspreche, die von ihnen gegebenen Verfassungen wieder aufzuheben, während der Bund selbst sich das Recht der Abänderung bei den einmal eingeführten Landesverfassungen vorbehalte.

Der Sinn des Artikels 56 wäre alsdann:

keine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Landesverfassung dürfe anders als auf verfassungsmässigem Wege wieder abgeändert werden, *ausser durch den Bund.*

Alsdann wäre aber gerade die Hauptsache weggeblieben und der Art. 56 besagte gerade das Gegentheil von dem, was die grammatische und logische Auslegung darin finden. Die grammatische Auslegung ergibt nämlich keinen andern Sinn, als dass eine Abänderung der Verfassung nur aus dem Zusammenwirken aller derjenigen hervorgehen könne, welche durch die Verfassung selbst hinzu berufen und ermächtigt sind; diess können aber nur die Organe der gesetzgebenden Gewalt in dem betreffenden Staate selbst unter Beobachtung der verfassungsmässigen Formen seyn wozu nach der Württembergischen Verfassungsurkunde §. 176 namentlich die Beistimmung von zwei Drittheilen der anwesenden Mitglieder in beiden Kammern gehört.



Ausgeschlossen wäre daher jede andere zwingende Gewalt und Einwirkung von Innen, wie von Aussen, d. h. von Seiten des Bundes sowohl als anderer Staaten. Die logische Auslegung dagegen muss der Natur der Sache nach von der Voraussetzung ausgehen, dass jede bundesgrundgesetzliche Bestimmung eine Beziehung auf das Bundesverhältniss habe. Gerade diese Beziehung aber würde bei dem Artikel 56 fehlen, wenn darin bloss ausgesprochen wäre: Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten können *von ihnen selbst* nur auf verfassungsmässigem Wege abgeändert werden. Mit Recht würde man fragen: wie kommt eine solche rein auf *inneres* Staatsrecht und Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten sich beziehende Bestimmung in eine Urkunde, welche keinen andern Zweck hat, als den, das Verhältniss zum Bunde theils positiv, theils negativ zu bestimmen? Wozu in der Wiener Schlussakte das Aussprechen einer staatsrechtlichen Wahrheit, die sich von selbst versteht und die Niemand bezweifelt? Warum sich die überflüssige Mühe nehmen, den Fürsten und Unterthanen der einzelnen Bundesstaaten etwas zu verkündigen, was sie von selbst wissen?

Nach der Auslegungsregel: *verba cum effectu sunt accipienda*, oder: man muss die Worte eines Gesetzgebers so nehmen, dass sie etwas bedeuten — muss also in dem Art. 56 eine Beziehung zum Bunde ausgesprochen seyn, und diese Beziehung kann entweder 1., darin bestehen, dass der Bund jeder Landesver-



fassung gegen *innere* Angriffe und Verletzungen seinen Schutz zusichert, oder 2., darin, dass er für sich selbst auf jede eigenmächtige Einmischung und Abänderung verzichtet, oder 3., in beidem, in dem Versprechen der Aufrechthaltung sowohl gegen innere Gewalt als gegen äussere, unter welcher letzterer natürlich zunächst die eigene Gewalt des Bundes verstanden seyn muss, indem gegen Gewaltthätigkeiten eines auswärtigen Staates oder eines Mitverbündeten der Bundesschutz ohnehin schon durch Art. 2 und 11 der Bundesakte ausdrücklich zugesichert ist,

In Beziehung auf die erste Auslegung ist zwar dem Geist der Bundesakte und dem Grundcharakter des Bundes ein allgemeiner und allseitiger positiver Rechtsschutz für alle innere Rechtsverhältnisse, selbst die der Unterthanen, allerdings gemäss. «Ueberall soll» — nach einer aus der Mitte der Bundesversammlung ausgegangenen Erklärung — «ein rechtlicher Zustand an die Stelle der Willkür treten» und die Bundesversammlung verspricht, «innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken selbst bedrängter Unterthanen sich anzunehmen.» Und aus welchem anderen Princip als dem des allseitigen Rechtsschutzes können die Art. 12, 13 und 18 der Bundesakte und der Art. 29 der Schlussakte geflossen seyn? Der Bund sollte also die Verpflichtung haben, die bestehenden Landesverfassungen gegen innere Angriffe und Verletzungen in Schutz zu nehmen. Allein hiemit sind die Art. 60 und 61 der



Schlussakte schwer zu vereinigen, wovon der erste der Bundesversammlung nur die Befugniss einräumt, bei landständischen Verfassungen, deren Garantie dieselbe besonders übernommen hat, *auf Anrufung der Betheiligten* die Verfassung aufrecht zu erhalten und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen durch gütliche Vermittlung oder compromissarische Entscheidung beizulegen; wogegen der zweite (ausser dem Fall der übernommenen besonderen Garantie und der Aufrechthaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesakte festgesetzten Bestimmungen, so wie des Artikels 26 der Schlussakte) die Bundesversammlung nicht für berechtigt erklärt, in landständische Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken. Eine Vereinigung beider Gesetzstellen mit dem bundesgrundgesetzlichen Prinzip eines allseitigen Rechtsschutzes scheint nur dadurch möglich, dass man annähme: auch bei nicht garantirten Verfassungen soll die Bundesversammlung über Aufrechthaltung der zu Vollziehung des Art. 13 der Bundesakte in der Schlussakte festgesetzten Bestimmungen zu wachen haben. Aber während sie bei garantirten Verfassungen als Garantie der besondern Verfassungsbestimmungen ein Recht der unmittelbaren Entscheidung erhält, hat sie bei nicht garantirten bloss ihren Beruf als Garantie des deutschen Rechtszustands im Allgemeinen zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass entstandene Differenzen überhaupt eine



rechtliche Erledigung auf gesetzlichem Wege (wie bei verweigerter Justitz) erhalten. Ohne übernommene Garantie sorgt der Bund bloss für die *Aufrechthaltung* der Landesverfassung gegen willkürliche Verletzungen, im Fall der übernommenen Garantie hat er aber noch die weitere Verpflichtung und Befugniss, auch die über *Auslegung* oder *Anwendung* derselben entstandenen Irrungen beizulegen.

Das Künstliche und Gezwungene dieser Auslegung leuchtet aber so sehr in die Augen, dass man eher geneigt seyn wird, in den Artikeln 60 und 61 eine Beschränkung des Prinzips der Handhabung eines allseitigen Rechtszustandes ausgesprochen zu finden, — eine Beschränkung oder Ausnahme, die sich aus den entgegengesetzten Interessen und Bestrebungen der Paciscenten leicht erklären lässt, — und dann erscheint eine in dem Wortlaut gar nicht liegende oder angedeutete Beschränkung des Art. 56 auf blossen Schutz gegen *innere* Angriffe vollends als unhaltbar. «Wie kann» — muss man alsdann fragen — «eine unbedingte «Uebernahme der Aufrechthaltung aller deutschen Landesverfassungen gegen innere Angriffe und Verletzungen in der Absicht des Bundes gelegen seyn, der «nicht nur im Allgemeinen (Art. 53 der Schlussakte) «jede Einwirkung in die innere Staatseinrichtung und «Staatsverwaltung der einzelnen Bundesstaaten verwirft, «sondern auch (Art. 60 und 61) in landständischen «Angelegenheiten und Streitigkeiten jede Einmischung



«der Regel nach für unstatthaft erklärt und selbst zu  
 «Aufrechthaltung einer von ihm speciell garantirten  
 «Verfassung nur auf Anrufen der Betheiligten ein-  
 «schreitet? Ein solcher Bund hat offenbar seine Be-  
 «fugniß, Abänderungen einer Verfassung auch auf  
 » nicht verfassungsmässigem Wege zu verbieten oder  
 «zu verhindern, sobald die Betheiligten sich dieselben  
 «gefallen lassen wollen, er kann also auch die Unver-  
 «letzbarkeit der in anerkannter Wirksamkeit bestehen-  
 «den Verfassungen nicht mit der Wirkung aussprechen,  
 «dass solche hiedurch unbedingt unter seinen Schutz  
 «gestellt wären.»

«Würde nämlich angenommen, der Art. 56 gebe  
 «den Landständen oder Landesherren das Recht, im  
 «Fall einer Abänderung der Verfassung auf nicht ver-  
 «fassungsmässigem Wege den Schutz der Bundesver-  
 «sammlung anzurufen und deren Intervention zu ver-  
 «langen, so würde die Uebernahme einer Verfassungs-  
 «garantie durch den Bund eine ganz leere Form seyn,  
 «und diesem keine andere Verpflichtungen auferlegen,  
 «so wie dem die Garantie Nachsuchenden lediglich kein  
 «anderes Recht einräumen, als beide ohnedies schon  
 «haben, nämlich Aufrechthaltung der Verfassung durch  
 «den Bund auf Anrufen der Betheiligten; denn eine  
 «Verfassung aufrecht erhalten und nicht zugeben, dass  
 «sie auf anderem als verfassungsmässigem Wege abge-  
 «ändert werde, ist ja ganz dasselbe, nur mit verschie-  
 «denen Worten ausgedrückt. Es bleibt also für die



«logische Auslegung keine andere Wahl übrig, als die  
 «Annahme, der Bund selbst habe durch den Art. 56  
 «ausdrücklich anerkannt, dass *ihm* kein Recht zustehe,  
 «die einmal bestehenden Landesverfassungen einseitig  
 «abzuändern.»

«So überflüssig es nämlich gewesen, von Seiten des  
 «Bundes in einem Grundgesetze den einzelnen deut-  
 «schen Landesherren und deren Unterthanen die staats-  
 «rechtliche Wahrheit zu verkündigen, dass eine in  
 «anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung von  
 «ihnen selbst nur auf verfassungsmässigem Wege wie-  
 «der abgeändert werden könne, so nothwendig war es  
 «und so gewiss konnte man vom Bund erwarten, dass  
 «er anerkenne, bestehende Verfassungen dürfen durch  
 «den Bund nicht einseitig, sondern nur unter verfas-  
 «sungsmässiger Zustimmung der betreffenden Bundes-  
 «staaten selbst abgeändert werden, und diese wesentliche  
 «Bestimmung deren Mangel eine Lücke in den Grund-  
 «gesetzen des Bundes wäre, enthält eben der Art. 56.»

Diese Schlussfolgerung beweist jedenfalls zu Gunsten  
 der oben aufgestellten zweiten Auslegung, dass durch  
 den Art. 56 der Bund selbst auf jede Einmischung in  
 die Landesverfassung Behufs deren Abänderung ver-  
 zichtet habe. Zufolge Art. 13 der Bundesakte hat der  
 deutsche Bund das Recht und die Pflicht, über Ein-  
 führung und Aufrechterhaltung von ständischen Ver-  
 fassungen zu wachen; ein Recht, sie zu verletzen und  
 zu zerstören, stände hiemit im schreiendsten Wider-



spruch. Durch Verletzung der einzelnen Landesverfassungen würde der deutsche Bund, was nach Art. 4 der Schlussakte nie geschehen darf, dem ausgesprochenen Zweck des Bundes, als eines die Rechte sowohl der Regenten als der Unterthanen heiligachtenden Sicherheitsbundes, entgegenhandeln, vom Geiste der Bundesakte und vom Grundcharakter des Bundes abweichen.

Zweifelhaft ist dagegen in Beziehung auf die dritte Auslegung: ob durch den Art. 56 Schutz gegen jede Verletzung, sowohl von Innen als von Aussen, oder bloss gegen die von Aussen und namentlich von Seiten des Bundes selbst, zugesichert werde. Der Wortlaut spricht mehr für die erste, der Zusammenhang begünstigt mehr die zweite Annahme; letzterer führt jedoch mit dem erstern darin ganz zum gleichen Resultate, dass nach Art. 56 unter denjenigen, welche keine Befugnis haben, eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung wieder abzuändern, auch der Bund selbst begriffen seyn müsse.

Um übrigens den Art. 56 der Schlussakte in noch helleres Licht zu setzen, muss derselbe in seinem Zusammenhange mit den übrigen den dreizehnten Artikel der Bundesakte betreffenden Artikeln der Schlussakte (54—62) betrachtet werden.

Die ursprüngliche Quelle der Artikel 55 und 56 der Schlussakte ist offenbar derjenige Entwurf der deutschen Bundesverfassung, welchen Preussen den 10. Februar 1815 Oestreich überreichen liess.



Akten des Wiener Congresses Bd. II. S. 53.  
folg.

Hier erklärte sich Preussen wiederholt für die Nothwendigkeit einer landständischen Verfassung in jedem Bundesstaate und für Feststellung des allgemeinen Minimum's der landständischen Rechte unter Vorbehalt derjenigen besondern Einrichtungen, welche in den einzelnen Ländern die Lokalverhältnisse und die bisherige Landesverfassung gebieten würden, mit dem Beisatz: «dass die eingerichtete landständische Verfassung  
«eines jeden Bundesstaats dem Bunde vorzulegen sey  
«und sich, so wie dieses geschehen, unter dem Schutze  
«desselben befinde, auch *nicht ohne Zustimmung der*  
«*Landstände* und neue Mittheilung an den Bund ab-  
«*geändert oder aufgehoben* werden könne.»

Schon diese Bestimmungen, welche der Einwirkung des Bundes auf landständische Verfassung einen weit grössern Spielraum als die nachmalige Bundesakte gestattet hätten, erklärten jede Abänderung der einmal bestehenden oder neuerrichteten Verfassungen ohne *Zustimmung der Landstände* für ungültig. Die Artikel 55 und 56 der Schlussakte aber, welche der Einwirkung des Bundes noch weit engere Grenzen setzen, (indem nach denselben die Festsetzung eines Minimum's von ständischen Gerechtsamen und die Nothwendigkeit der Mittheilung oder Vorlegung der einzurichtenden Verfassungen an den Bundestag, so wie der ausdrückliche Bundesschutz wegfällt, die Einrichtung der Ver-



fassungen selbst den souveränen Fürsten der Bundesstaaten unter Berücksichtigung der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, so wie der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse, als eine innere Landesangelegenheit überlassen bleibt und eine Wiederabänderung derselben nur auf verfassungsmässigem Wege zulässig seyn soll), können unmöglich dem Bunde das Recht einräumen oder vorbehalten wollen, die einmal in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen *ohne Zustimmung der Landstände* wieder abzuändern.

Jene Anträge Preussens hatten nämlich hauptsächlich von Seiten Baierns und Württembergs

Akten des Wiener Congresses Band I. Seite 68.

Chronik des Wiener Congresses Seite 569. 748.

als ein Eingriff in die innere Staatseinrichtung und Landesgesetzgebung Widerspruch gefunden und als bei den Wiener Conferenzen im Jahr 1820, die Nothwendigkeit, allzumagern und dürftigen Artikel 13 der Bundesakte näher zu bestimmen, doch wieder fühlbar geworden seyn mochte, so wurde in einer Reihe von Artikeln das Verhältniss der einzelnen Landesverfassungen zur Bundesverfassung, theils positiv, theils negativ, näher bestimmt.

Es spricht nämlich der Artikel 54 die Verpflichtung der Bundesversammlung aus, darüber zu wachen, dass der 13. Artikel der Bundesakte in keinem Bundesstaat unerfüllt bleibe. Durch Artikel 55 verzichtet aber der Bund ausdrücklich auf jede Einmischung in die erste



Ordnung dieser innern Angelegenheit. Die Art. 57—59 bezeichnen im Allgemeinen den Charakter, den die landständischen Verfassungen haben müssten, wenn der Bund denselben seine Anerkennung nicht verweigern soll. Die Artikel 60 und 61 endlich enthalten die nähern Bestimmungen über das Einwirkungsrecht des Bundes in die landständischen Angelegenheiten. Und der mitten unter solchen Bestimmungen stehende Artikel 56 sollte allein keine Beziehung auf das Verhältniss der Gliederstaaten zum Bunde ausdrücken? Der Bund sollte aussprechen, dass er sich kein Recht anmaasse, auf die *erste Einrichtung* der Landesverfassungen einzuwirken: statt der entsprechenden Bestimmung aber, dass er sich auch jeder eigenmächtigen *Abänderung* derselben enthalten werde, sollte der sich ganz von selbst verstehende Grundsatz der innern Landesgesetzgebung:

dass die Verfassung der einzelnen Staaten von diesen selbst nur auf verfassungsmässigem Wege wieder abgeändert werden dürfe —  
in das Bundesgrundgesetz aufgenommen worden seyn?

Nur wenn der Art. 56 vorzugsweise das Verhältniss zum Bund im Auge hat und einen für sich selbst klaren und unzweifelhaften Satz auch in Anwendung auf den Bund ausspricht, gewinnt er Sinn und schickliche Bedeutung. Den Artikeln 54 und 55, welche festsetzen, dass zwar der Bund die Einführung einer ständischen Verfassung in allen Bundesländern verlange und nöthigenfalls erzwingen, dass aber den Bundesfür-



sten die *Errichtung* landständischer Verfassungen ganz überlassen bleibe und dass der Bund in die Ordnung dieser innern Landesangelegenheit sich nicht einmischen werde, entspricht ganz natürlich der Art. 56, indem er bestimmt, dass auch die Aufhebung oder *Adänderung* solcher Verfassungen, als eine innere Landesangelegenheit, jeder fremden Einwirkung entzogen sey, dass auch hier der Bund sich nicht einmischen werde, sondern den Grundsatz anerkenne, dass Abänderungen nicht anders als auf verfassungsmässigem Wege durch die Betheiligten selbst stattfinden.

Unstreitig löst sich auch am einfachsten jeder anscheinende Widerspruch des Art. 56 mit dem Artikel 60 und 61, wenn man annimmt, ersterer enthalte nicht, wie die letzteren, grundgesetzliche Bestimmungen, welche das Einwirkungsrecht des Bundes für gewisse Fälle festsetzen, sondern im Gegentheil solche, welche es für gewisse Fälle ausschliessen. Mag man aber mit Klüber in den Grundgesetzen des Bundes die Zusicherung besonderen Bundesschutzes für die Aufrechthaltung der Verfassungen gegen jede Gewalt und Verletzung von Innen ausgesprochen finden, oder mit Rudhardt und andern eine solche Befugniss und Verpflichtung des Bundes in Abrede stellen: so wird man doch nach den Grundsätzen einer richtigen Auslegung in keinem Fall umhin können, den Bund selbst unter diejenigen zu zählen, denen das Recht willkürlicher Abänderung durch den Art. 56 abgesprochen ist. Die ange-



sehensten Staatsrechtslehrer stimmen darin überein, dass in den Grundgesetzen des Bundes, und namentlich in dem Art. 56 der Schlussakte die Einmischung des Bundes zum Behuf der Abänderung von Verfassungen, welche nichts bundesgesetzwidriges enthalten und darum, wie die Württembergische, ohne Widerspruch von Seiten des Bundes ins Leben getreten sind, und in anerkannter Wirksamkeit bestehen, als unstatthaft anerkannt sey:

Klüber, öffentliches Recht des deutschen Bundes  
§. 504.

Behr, rechtliche Grenzen der Einwirkung des deutschen Bundes S. 2.

Welker, die vollkommene und ganze Pressfreiheit  
S. 150.

Rudhardt, das Recht des deutschen Bundes S. 68  
und 69.

und dieses Bekenntniss ständischer Seits im Namen des Württembergischen Volks: utiliter zu acceptiren, nachdem die württembergische Regierung es mitabgelegt und von den mitschliessenden Mächten ihrerseits angenommen hat, kann wohl von jener aus keinem denkbaren Rechtsgrunde verwehrt werden.

Von dem Augenblick an, wo der deutsche Bund durch die Bundesakte die Einführung landständischer Verfassungen anordnete und gebot, war ja jede Errichtung einer Verfassung nur Vollziehung eines Bundesgrundgesetzes und der Bund mithin verpflichtet, bei der neuentstandenen Verfassung zu prüfen, ob sie dem



Sinne des Grundgesetzes gemäss sey , um gegen bundeswidrige Bestimmungen Einsprache zu erheben und deren Vollzug zu verbieten. Wo aber keine Einsprache erfolgte , war diess ein Beweis , dass die Bundesversammlung sie mit der Bundesakte in Uebereinstimmung finde , und jede ohne Einsprache von Seiten des Bundes in anerkannte Wirksamkeit getretene Landesverfassung erhielt als eine nothwendige Folge des Artikels 13 der Bundesakte mit dieser selbst gleiche Heiligkeit und Unverbrüchlichkeit : eine willkürliche Abänderung oder Aufhebung war forthin eben so unzulässig , als eine willkürliche Abänderung des Art. 13 der Bundesakte , sie war einer Verletzung oder Umstossung der Bundesakte selbst gleichzusetzen und wie diese zu beurtheilen.

Diess zu verkennen und abzuläugnen ist nur dann möglich , wenn man annimmt , der deutsche Bund habe mit den Völkern Deutschlands und mit den gegen sie eingegangenen Verpflichtungen ein muthwilliges Spiel nicht nur treiben wollen , sondern auch treiben dürfen. Alsdann ist aber auch der deutsche Bund die schaamloseste Lüge , womit die Völker je betrogen worden sind , und für eine Geschichte des sogenannten Befreiungskriegs wäre kein passenderer Titel zu finden , als der jenes alten Buchs : *de tribus impostoribus*.

Wenn es nach dem Bisherigen als ein Axiom feststeht , dass der deutsche Bund keine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Landesverfassung beliebig abändern darf , so ist nun auch noch zu untersuchen ,



in wieweit der Bund in die innere Landesgesetzgebung sonst etwa eingreifen kann und was hierüber die Württembergische Verfassung in Verbindung mit den Bundesgrundgesetzen statuirt.

Wie der ganze deutsche Bund auf einem Vertrage beruht, so sind auch seine wichtigsten Beschlüsse und seine vornehmsten Gesetze reine Verträge, die nur durch die Uebereinstimmung *sämmtlicher* mitschliessenden Theile zu Stande kommen und verbindende Kraft erhalten. Die Paciscenten aber sind die einzelnen deutschen *Staaten*, d. h. in rein monarchischen deutschen Staaten der Regent für sich allein, in den constitutionellen, der Regent in Verbindung mit den Ständen, wenn und insoweit er an deren Mitwirkung nach der Natur des Gegenstandes verfassungsmässig gebunden ist. Daher heisst es auch im §. 3 der Württembergischen Verfassungsurkunde: «das Königreich Württemberg ist ein Theil (nicht: der König von Württemberg ist Mitglied) des deutschen Bundes.

Nach der Württembergischen Verfassungsurkunde §. 88 kann aber ohne Beistimmung der Stände kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden.

Hieraus würde in Beziehung auf Württemberg folgen, dass zur Gültigkeit aller derjenigen Bundesbeschlüsse, welche nach den Bundesgrundgesetzen Einhelligkeit der Stimmen erfordern und wovon die wichtigsten, nächst der Abfassung oder Abänderung von



Grundgesetzen des Bundes , die Gesetze über organische Einrichtungen und gemeinnützige Anstalten sind , Zustimmung der Stände gehöre , indem ohne Einwilligung der Stände die Zustimmung der Württembergischen Regierung zu solchen Gesetzen nichtig und wirkungslos , somit aber auch bei der Bundesversammlung eine wahre Stimmeneinhelligkeit im rechtlichen Sinne unmöglich ist.

Von dieser Regel macht jedoch die Verfassungsurkunde §. 3 , in Beziehung auf die organischen Beschlüsse eine Ausnahme , indem dieser §. bestimmt , da Württemberg ein Theil des deutschen Bundes sey , so sollen alle organischen Beschlüsse der Bundesversammlung , welche die verfassungsmässigen Verhältnisse Deutschlands oder die allgemeinen Verhältnisse deutscher Staatsbürger betreffen , nachdem sie vom König verkündet seyen , auch für Württemberg verbindende Kraft haben.

Organische Beschlüsse oder Beschlüsse über organische Bundeseinrichtungen sind nach der dem Wortlaut angemessensten und natürlichsten Auslegung solche , wodurch der Bund sich die Organe zu Errichtung seiner Zwecke schafft , oder , nach der hiemit übereinstimmenden , authentischen Erklärung der Wiener Schlussakte Art. 13 , diejenigen , welche die Gründung «bleibender Anstalten als Mittel zu Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke» zum Gegenstand haben , und es ist lediglich kein Grund vorhanden , anzuneh-



men , dass die Württembergische Verfassungsurkunde unter den organischen Beschlüssen etwas anderes als die Bundesakte und die Bundesversammlung selbst verstanden habe. Es kann hieran um so weniger gezweifelt werden als unsere Verfassungsurkunde keine Definition von dem enthält , was unter organischen Beschlüssen der Bundesversammlung zu verstehen sey. Dieselbe sagt bloss : organische Beschlüsse , welche die verfassungsmässigen Verhältnisse Deutschlands , oder die allgemeinen Verhältnisse deutscher Staatsbürger betreffen. «Diess ist aber keine Definition , sondern eine blosse Restriction und nähere Bestimmung , dass nämlich nicht alle organische Beschlüsse , deren Begriff als bekannt vorausgesetzt wird , auch für Württemberg Gesetzeskraft haben sollen , sondern bloss diejenigen , welche die Rechtsverhältnisse von ganz Deutschland oder aller deutschen Staatsbürger , mithin auch der Würtemberger betreffen.» Es lassen sich ja aber auch organische Beschlüsse denken , welche auf Württemberg gar keine unmittelbare Beziehung haben , wie z. B. die Erbauung von Bundesfestungen ausserhalb Württembergs. Die hierüber sehr magern Verhandlungen der konstituierenden Versammlung im vierzigsten und dreiundvierzigsten Hefte enthalten nur die vom Verfasser des Commissionsberichts zum ersten Capitel der Verfassungsproposition aufgestellte , mithin von den damaligen ständischen Commissarien bei ihren Verhandlungen über den Verfassungsentwurf mit den königlichen Commissarien



angenommene Begriffsbestimmung, dass «organische Beschlüsse *bekanntlich* solche *Einrichtungen* betreffen, ohne welche der deutsche Bund sowohl in seinen Verhältnissen gegen auswärtige Mächte als in Beziehung auf das Innere des gesammten Deutschlands, nicht als Einheit gedacht werden könnte.»

(Abtheilung XL. S. 68.)

Durch diese Definition ist aber die bundesgesetzliche Begriffsstimmung, wenn man beide nicht als identisch gelten lassen will, offenbar eher verengert und begrenzt, als erweitert und verallgemeinert.

Dass aber der §. 3 diese wichtige und nothwendigste Art der Bundesgesetze nicht bloss von einer besondern nachfolgenden ständischen Genehmigung, sondern von jeder Mitwirkung der Stände unabhängig machen wolle, ist darum anzunehmen, weil der Schlusssatz des §., welcher eine solche Mitwirkung bei der Vollziehung der organischen Bundesbeschlüsse festsetzt, mit dem vorhergehenden Satze offenbar einen Gegensatz bildet. Eben dieser Gegensatz verbietet aber auch, anzunehmen, es sey durch diesen §. nichts weiter bestimmt, als dass die organischen Bundesbeschlüsse *erst* durch die königliche Verkündigung für Württemberg Gesetzeskraft erhalten. Die verfassungsgebende Versammlung konnte sich auch um so eher bewogen finden, in diese Ausnahme zu willigen, als einerseits der Zweck des Bundes, wie ihn die Bundesakte ausspricht, durch die Verfassungsurkunde selbst für Württemberg ausdrück-



lich anerkannt und sanctionnirt ist, der deutsche Bund aber in den nothwendigen Mitteln und Anstalten zu Erreichung seines ausgesprochenen Zwecks nicht zu sehr gehemmt und beschränkt werden durfte, und als andererseits die Bestimmung, dass organische Bundes-einrichtungen nur durch Stimmeneinheit beschlossen werden können, Stimmeneinheit aber bei einem verfassungswidrigen Bundesbeschluss wegen der mangelnden rechtsgültigen Zustimmung der Württembergischen Regierung rechtlich unmöglich ist, Beschlüsse über organische Bundeseinrichtungen mithin wenigstens der Verfassung nicht zuwiderlaufen können, doch schon eine ziemlich sichere Bürgschaft gegen willkürliche und absolutistische Eingriffe darbietet.

Was aber von organischen, das heisst zur Erreichung des bestimmt ausgesprochenen und als unwandelbar angenommenen Bundeszwecks nothwendigen Beschlüssen gilt, das gilt deswegen nicht auch von andern Bundesbeschlüssen, namentlich nicht von solchen, welche die Annahme neuer Grundgesetze oder die Abänderung der bestehenden, oder blos gemeinnützige, jedoch zur Erreichung des Bundeszwecks nicht nothwendige Anordnungen betreffen: denn hier kann man nicht, wie bei den Beschlüssen über organische Einrichtungen behaupten: Wer den Zweck will, muss auch die Mittel wollen:

Vergl. Jordan, Lehrbuch des allgemeinen und deutschen Staatsrechts. §. 244.



Der Sinn des §. 3. der Württembergischen Verfassungsurkunde ist also dieser :

Württemberg ist ein Theil des deutschen Bundes und was für alle Glieder des deutschen Bundes gilt, muss auch für Württemberg gelten. Der deutsche Bund nun hat einen bestimmten Zweck und seine eigenthümlichen Grundgesetze, zu deren Verwirklichung bestimmte organische Einrichtungen, d. h. dauernde allgemeine Anstalten erforderlich sind, und über diese soll die württembergische Regierung ihre Stimme abgeben können, ohne an die Zustimmung der Stände gebunden zu seyn, insofern dadurch, wie sich von selbst versteht, die Verfassung nicht verletzt wird.

Bei allen andern Beschlüssen aber, welche in die Bundesgesetzgebung eingreifen, ist die Regierung an die verfassungsmässige Zustimmung der Stände gebunden. Wo daher nach den Bundesgesetzen zu einem gültigen Bundesbeschlusse Stimmeneinheit erforderlich ist, kann ohne die Zustimmung der Stände kein verbindlicher Beschluss zu Stande kommen. Wo aber blosse Stimmenmehrheit genügt, da ist zwar die Gültigkeit der *Abstimmung* des württembergischen Gesandten am Bundestag von der Einwilligung der Stände abhängig, aber ein von der Mehrheit der Bundesglieder gefasster entgegenstehender Beschluss muss für Württemberg, *als Theil des Bundes*, gleichwohl verbindende Kraft haben.

Verbindlich ohne die Zustimmung der Stände sind daher



1) die organischen Bundesbeschlüsse, insofern sie der Verfassung nicht zuwider sind, (z. B. die Militärverfassung des deutschen Bundes);

2) die in die Sphäre der Gesetzgebung eingreifenden Beschlüsse, welche keine Stimmeneinheit erfordern, unter gleicher Voraussetzung;

3) diejenigen Bundesbeschlüsse, welche die Ausübung anderweitiger Regierungsrechte zum Gegenstand haben, ohne in die Sphäre der Gesetzgebung einzugreifen.

Unbedingt abhängig von der Einwilligung der Stände sind dagegen diejenigen nichtorganischen legislativen Beschlüsse, zu welchen Stimmeneinheit erforderlich ist, also namentlich die Beschlüsse über Annahme oder Abänderung von Bundesgrundgesetzen und die gemeinnützigen Anordnungen des Art. 6 der Bundesakte wie z. B. die Einführung eines gemeinschaftlichen Gesetzbuchs in ganz Deutschland.

Ueberhaupt aber müssen die Bestimmungen des §. 85 der Verfassungsurkunde auch auf das Verhältniss zum Bund insofern volle Anwendung finden, als, abgesehen von organischen Bundeseinrichtungen, ohne Einwilligung der Stände kein Votum des Württembergischen Gesandten am Bundestag gültig seyn kann, das auf Veräusserung eines Theils des Staatsgebiets und Staatseigenthums, auf Uebernahme neuer Lasten auf das Königreich und dessen Angehörige, auf Abänderung oder Aufhebung eines Landesgesetzes, auf Eingehung einer Verpflichtung, welche den Rechten der Staats-



bürger Eintrag thun würde , auf Abschluss eines Handelsvertrags , der eine neue gesetzliche Einrichtung zur Folge hätte , oder eines Subsidienvtrags zu Verwendung der königlichen Truppen in einem Deutschland nicht betreffenden Kriege gerichtet ist.

Vorstehendes sind die Grundsätze , nach welchen nun auch die jüngsten Bundesbeschlüsse zu beurtheilen sind.

Jeder der am 28. Juni 1832 beschlossenen sechs Artikel lässt nämlich einerseits ebensowohl eine gefahrlose und beruhigende Deutung zu , als er andererseits der drohendsten und verletzendsten Auslegung fähig ist.

Der *erste* Artikel :

Da nach dem Artikel 57 der Wiener Schlussakte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muss , und der Souverän durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann , so ist auch ein deutscher Souverän , als Mitglied des Bundes , zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Petition der Stände nicht nur berechtigt , sondern die Verpflichtung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor , enthält lediglich nichts Bedenkliches , wenn er weiter nichts ausdrücken soll , als was der §. 4 unserer Verfassungsurkunde besagt : «der König ist das Haupt des



Staates , vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt , und übt sie unter den durch die Verfassung festgesetzten Bestimmungen aus. » Wie aber dann , wenn es der Bundesversammlung gefällt , durch einfache Stimmenmehrheit , über welche Oestreich und Preussen um so gewisser jederzeit gebieten können , als selbst Stimmeneinheit , wo sie sich darum bemühen wollen , ihnen nicht leicht fehlt , diesen Artikel dahin auszulegen : den Ständen könne bei Ausübung der Staatsgewalt nur eine berathende Stimme zukommen und das monarchische Princip verlange , dass das Recht der Gesetzgebung und namentlich auch das der Besteuerung , einem ständischen Veto nicht unterliege ? Welcher Spielraum bleibt alsdann noch für die §§. 88 und 109 unserer Verfassung übrig , wonach ohne Beistimmung der Stände kein Gesetz gegeben , aufgehoben , abgeändert oder authentisch erläutert , ohne Verwilligung der Stände weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten eine directe oder indirecte Steuer ausgeschrieben und erhoben werden kann ?

Auch der *zweite* Artikel :

Da keinem deutschen Souverän durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen , so werden Fälle , in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durch-



setzung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen seyn, auf welche die Artikel 25 und 26 der Schlussakte in Anwendung gebracht werden mussten (diese beiden Artikel geben nämlich der Bundesversammlung das Recht, durch Militärgewalt einzuschreiten)

lässt sich, wiewohl mit einiger Schwierigkeit, so auslegen, dass daneben der Buchstabe unserer Verfassung noch bestehen kann, wenn man für's erste auf die behutsame Fassung ein Gewicht legen will, die im bescheidenen Ton des Zweifels und der Frage mehr nur andeutet, als entscheidet, dass Fälle, in welchen Stände die Bewilligung der Steuern an Bedingungen knüpfen wollten, welche die Verwendung dieser Steuern nicht unmittelbar betreffen, zu den im Art. 25 und 26 der Schlussakte vorgesehenen Fällen zu zählen seyn *werden*. Die Bundesversammlung — kann man sagen — erklärt eine bedingte Steuerverweigerung nicht schlechthin und geradezu für Aufruhr, sondern macht das Urtheil hierüber von den speziellen Bestimmungen der einzelnen Landesverfassung abhängig, von denen sie voraussetzt, dass sie wohl alle eine entsprechende Bestimmung enthalten werden. Sodann ist ja auch nur davon die Rede, dass demjenigen Regenten die unumgänglich nothwendigen Geldmittel nicht verweigert werden dürfen, welcher der *Verfassung gemäss* regiert, der mithin nicht nur die Landesverfassung in keinem



Theile verletzt, sondern auch alle verfassungsmässigen Mittel, um die Stände zur Bewilligung der erforderlichen Steuern zu vermögen, namentlich die Einbringung eines neuen Budgets und Auflösung der Kammern, erschöpft hat. Ebendamt wäre aber auch den Ständen nur das Recht abgesprochen, den Staatsvertrag einem *verfassungsgetreuen* Regenten gegenüber durch Steuerweigerung willkürlich aufzulösen; und ob irgend eine der bestehenden Repräsentativverfassungen dieses Recht den Ständen einräume, darüber können wenigstens die Ansichten sehr verschieden seyn. Das Recht, die Staatsverfassung beliebig abzuändern und den Staatsvertrag durch Widerruf der dem Regenten ertheilten Vollmacht einseitig aufzuheben, scheint nämlich selbst nach dem Prinzip der Volkssouveränität nur dem Volke selbst, nicht auch seinen bevollmächtigten Vertretern, den Ständen, zuzukommen, insofern deren Auftrag dahin geht, die Rechte des Volks innerhalb der Grenzen der Verfassung zu vertreten und eine verfassungsmässige Regierung durch Anweisung der erforderlichen Geldmittel möglich zu machen, nicht durch willkürliche Verweigerung die Verfassung selbst einseitig und gegen den Willen des Regenten abzuändern oder umzustossen.

Verletzt dagegen wäre unsere Verfassung schon in dem Falle, wenn man, wozu ja keine grosse Kunst gehört, jeden Grund zu theilweiser oder gänzlicher Steuerverweigerung, der in einer Ständerversammlung zur Sprache kommt, auf Form und Ausdruck einer mittelbaren



Bedingung zurückführt. Noch misslicher stellt sich die Sache, wenn die Bundesversammlung sich zur Richterin darüber aufwirft, was und wie viel der zu Führung der verfassungsmässigen Regierung erforderliche Bedarf sey. Ganz und gar geschehen ist es aber um das wesentlichste Recht und um die Grundbedingung jeder wirksamen Vertretung, wenn man, wie in dem Nachsatze des Art. 2 geschieht, schlechthin die «zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern» postulirt, und die im Vordersatz enthaltene Bestimmung, dass die Regierung eine *verfassungsmässige* seyn müsse, ganz weglässt, oder mit dem Satze, den der Antragsteller in dem ganz anders lautenden Art. 57 der Schlussakte finden will:

«Dass dem Souverän durch die Landstände die zur Führung einer *zweckmässig* geordneten Regierung erforderlichen Mittel nie verweigert werden dürfen,»

für identisch ausgiebt.

Irrig ist übrigens in jedem Falle die Behauptung, dass der Art. 2 nichts anderes enthalte, als was auch der §. 113 der Württembergischen Verfassungsurkunde vorschreibe. Ersterer bestimmt nämlich: der unentbehrliche Bedarf an Steuern müsse unbedingt bewilligt werden, schliesst aber bei bloss nützlichen oder gar entbehrlichen Ausgaben eine bloss bedingte Verwilligung nicht aus. Der §. 113 dagegen erklärt, ohne zwischen nothwendigen und bloss nützlichen oder überflüssigen



Ausgaben zu unterscheiden, jede einer Steuerbewilligung angehängte, die Verwendung der Steuer nicht unmittelbar betreffende, Bedingung für unzulässig; woraus an sich noch nicht folgen würde: dass der nothwendige Bedarf bewilligt werden müsse, sondern nur: dass derselbe nicht bedingt bewilligt werden dürfe, sondern entweder unbedingt verwilligt, oder schlechthin verweigert werden müsse.

Wenn sodann der *dritte* Artikel als Grundsatz aufstellt:

die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in dem Art. 2 der Bundesakte und in dem Art. 1 der Schlussakte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch darf dieselbe der Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmässiger Verbindlichkeiten gegen den Bund, und namentlich der dahin gehörigen Leistung von Geldbeiträgen hinderlich seyn —

so ist diess an sich natürlich und unverfänglich, so lange man den Zweck des Bundes in Beziehung auf die innern Verhältnisse Deutschlands mit dem Haupt der deutschen Publicisten, dem verdienstvollen Klüber, in die Handhabung eines fortwährenden und allseitigen Rechtszustandes setzt. Drohend und verderblich wird dagegen jener Grundsatz, sobald man für den Zweck des Bundes die Aufrechthaltung und Durchführung des



monarchischen Prinzips in seiner Lauterkeit, d. h. in seiner anticonstitutionnellen Richtung erklärt.

Dasselbe gilt von dem *vierten* Artikel, welcher also lautet:

Es soll am Bundestage eine Commission, vor der Hand auf sechs Jahre, ernannt werden, deren Bestimmung seyn wird, insbesondere auch von den ständischen Verhandlungen in den deutschen Bundesstaaten fortdauernd Kenntniss zu nehmen, die mit den Verpflichtungen gegen den Bund, oder mit den durch die Bundesverträge garantirten Regierungsrechten in Widerspruch stehenden Anträge und Beschlüsse zum Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit zu machen und der Bundesversammlung davon Anzeige zu thun, welche demnächst, wenn sie die Sache zu weitem Erörterungen geeignet findet, solche mit den dabei betheiligten Regierungen zu veranlassen hat.

Es versteht sich nämlich von selbst, dass der Bund nicht allein das Recht, sondern auch die Verpflichtung hat, seine Würde und Gerechtsame gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen; es wäre zu wünschen dass die Bundesversammlung dieser Pflicht namentlich in den auswärtigen Verhältnissen des Bundes stets eingedenk bliebe, und wenn dieselbe eine besondre Commission, um hierüber auch im Innern des Bundes zu wachen, niedersetzen will, so ist diess Sache ihrer freien Wahl und unverwehrbaren Entschliessung. In



einem ganz verschiedenen Licht erscheint dagegen eine solche Commission, wenn sie die Bestimmung erhalten sollte, die deutschen Landesversammlungen im Sinne des Absolutismus zu bevormunden, unter beliebigen Vorwänden sich in landständische Angelegenheiten oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzumischen, freimüthige und unerschrockene Vertheidiger der Volksrechte zu verfolgen und über die Anträge und Beschlüsse der gewählten Volksvertreter ein Richteramt von Bundeswegen auszuüben.

Ebenso ist es dem Bunde, so lange er seine verfassungsmässige Bestimmung innerhalb der gesetzlichen Schranken seines Berufs erfüllt, nicht zu verargen, wenn er im *fünften* Artikel darauf besteht:

Sämmtliche Regierungen machen sich gegen einander anheischig, zur Verhütung von Angriffen auf den Bund in den ständischen Versammlungen und zur Steuerung derselben, jede nach Massgabe ihrer innern Landesverfassung, die angemessenen Anordnungen zu erlassen und zu handhaben.

Dagegen ist auch an eine wirksame Volksvertretung nicht mehr zu denken, sobald den Regierungen zur Pflicht gemacht wird, die verfassungsmässige Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen aufzuheben und der freien Rede der Volksvertreter Fesseln anzulegen.

Der *sechste* Artikel giebt den Schlussstein des Ganzen in der Bestimmung:

Zu einer Auslegung der Bundes- und der Schluss-



akte ist mit rechtlicher Wirkung auch nur allein und ausschliessend der deutsche Bund berechtigt, welcher dieses Recht durch sein verfassungsmässiges Organ, die Bundesversammlung ausübt.

Auch hier versteht es sich wiederum von selbst, dass Gesetze authentisch zu interpretiren nur dem Gesetzgeber zusteht, welcher dabei an dieselben Formen und Bedingungen, wie bei Erlassung der Gesetze selbst gebunden ist. Wollte aber die Bundesversammlung sich die Befugniss anmassen, mit einfacher Stimmenmehrheit unter dem vorherrschenden Einfluss der absoluten Mächte den Zweck des Bundes und dessen wirkliche oder angebliche Grundgesetze zu interpretiren, und nach solcher Interpretation jeden streitigen oder zweifelhaften Fall zu entscheiden, so wird man bald genug Auslegungen erleben, neben welchen keine Verfassung mehr bestehen kann, — Auslegungen, von welchen diejenige Hermeneutik vielleicht nur eine schwache Probe liefert, welche zu Rechtfertigung des 57. Artikels der Schlussakte in der Bundesakte als Bundeszweck die Erhaltung des monarchischen Prinzips und dann wieder in demjenigen Artikel der Schlussakte, welcher dem monarchischen Prinzip gewidmet ist, den Satz ausgesprochen findet: «dass dem Souverän durch die Landstände die zur Führung einer zweckmässig geordneten Regierung erforderlichen Mittel nie verweigert werden dürfen.

Man sieht, das Netz, worin nach der gemeinen,



nicht bloss in Deutschland , sondern in Europa herrschenden Meinung , die deutsche Freiheit erstickt werden soll , besteht aus so elastischem Stoff , dass es , bis zur Unsichtbarkeit zusammengeschrumpft , im Nothfalle bequem in die Tasche gesteckt und verborgen , bei gelegener Zeit aber wieder hervorgeholt und weit genug ausgedehnt werden kann , um ganze Länder mit dem tödtlichen Gewebe zu überziehen. Man ahndet die Absicht der Gewalthaber , sobald sie auf ernstlichen Widerstand stossen oder wirklicher Gefahr entgegensehen , zu der milden und beschwichtigenden Deutung ihre Zuflucht zu nehmen ; man zweifelt aber auch nicht , dass , sobald sie die Umstände ihren Absichten günstig finden , sie nicht ermangeln werden , aus ihren Sätzen die härtesten , willkürlichsten und verderblichsten Folgerungen abzuleiten. Und wenn auch einzelne Bundesregierungen keine den bestehenden Repräsentativverfassungen feindselige Absicht gehabt haben , wie diess namentlich die Württembergische Regierung feierlich versichert hat , so wird doch Niemand glauben , dass Gleiches auch bei allen übrigen der Fall gewesen sey und dass die letztern durch die erstern sich abhalten lassen dürften , von der bereit gehaltenen Waffe bei dem ersten Anlass mörderischen Gebrauch zu machen. Ohnediess haben ja die sämmtlichen Regierungen auf das Recht der eigenen Auslegung ihrer Beitrittserklärung gegenüber von der Bundesversammlung Verzicht geleistet , und es ist sehr zu bezweifeln , ob letztere sich dazu bequemen



werde, die zustimmende Erklärung des Württembergischen Gesandten, z. B. so auszulegen, wie das Württembergische Volk verlangen muss, dass dieselbe ausgelegt werde. Die Bundesversammlung und das Württembergische Volk werden vielmehr höchst wahrscheinlich auf ganz verschiedenen Auslegungen bestehen, und beide Theile werden dabei sich auf das königliche Wort berufen können.

Um so nothwendiger ist es, das Gewebe des Bundestags genauer zu untersuchen und die Stärke und Haltbarkeit der Fäden, aus denen es geschlungen ist, zu prüfen und im Voraus zu erproben.

Der Grundcharakter der berufenen sechs Artikel ist Wiederherstellung dessen, was die Sprache der Kabinette das monarchische Prinzip in seiner Reinheit nennt. Dieses monarchische Prinzip ist aber nichts anderes, als der auf Regeln gebrachte, systematische Krieg der Aristokratie gegen alle und jede Rechte des Volks, welchen Namen oder Ursprung diese haben mögen, und da die Bundesakte dieses monarchische Prinzip nicht kennt, so wird dieselbe, wie natürlich, auch nur Wohlstandshalber und zum Schein citirt; der Nerv der Beweisführung und das Hauptgewicht der ganzen Rechtfertigung liegt dagegen in einem Gesetze, das, als eine Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes angekündigt, zwar grossentheils nur die Prinzipien der Bundesakte feststellt und entwickelt, dieselbe selbst aber doch auch in einem wesentlichen Punkt abändert und verfälscht.



Die Bundesakte nämlich enthielt durchaus keine Andeutung von einem politischen Ketzengericht und Glaubenszwang der Mächtigen gegen die Schwächern, keine Spur von einer Verbrüderung der Fürsten gegen die Völker zu Durchführung des monarchischen Prinzips oder des autokratischen Systems gegen das repräsentative. Diess wäre eine zu gefährliche Enttäuschung, eine zu schnelle Entzauberung der deutschen Völker gewesen, denen die Proklamation von Kalisch mit den Versprechungen des Wiener Congresses noch in allzu frischem Andenken war, als dass man es hätte wagen dürfen, ein politisches Glaubensbekenntniss ihnen aufzudringen und Staatsformen vorzuschreiben, bei welchen die verheissenen Landstände zu der dummen Rolle verurtheilt sind, den Regierungen ihren Rath anzubieten und zum Dank dafür am Schlusse jedes Landtags Schülern gleich gescholten und zurechtgewiesen zu werden. Die Einleitung und Vorbereitung hiezu war der Schlussakte vom Jahr 1820 vorbehalten, während die Bundesakte noch Handhabung eines allseitigen Rechtszustandes nach dem Prinzip rechtlicher Gleichheit und Schutz und Erhaltung der Verfassungen, wie sie «aus dem ureigenen Geiste des Volks» hervorgehen würden, zu verbürgen schien.

Das Werk der Schlussakte zu vollenden und zu krönen hat nun aber die deutsche Bundesversammlung ihre Beschlüsse vom 28. Juni 1832 gefasst, deren Entscheidung nach ziemlich übereinstimmender Versi-



cherung der Völker dahin lautet: «keine Volksvertretung, keine Freiheit des Gedankens und der Mittheilung, kein bindender Vertrag mehr zwischen Fürst und Volk. An die Stelle der bundesgrundgesetzlichen Rechtssicherheit im Innern soll Rechtsunsicherheit und Rechtlosigkeit treten; der Wille der unumschränkten Fürstengewalt ist über die Gesetzgebung der verfassungsmässigen Staaten gestellt; und die Wahrung der Volksrechte Landständen ohne das Recht der Steuerverweigerung, ohne Oeffentlichkeit und Freiheit der Rede, unter der Aufsicht eines Bundesrichters anvertraut.»

Zu unserem Glück hat die Urkunde, welche zu Beschönigung aller dieser drohenden Eingriffe dienen musste, die Wiener Schlussakte für Württemberg keine gesetzliche Kraft, und was von dieser gilt, ist auf die jüngsten Bundesbeschlüsse in verstärktem Masse anwendbar. Beide gehören nämlich nicht in die Klasse der organischen Beschlüsse, welche, insofern sie der Verfassung nicht zuwiderlaufen, für Württemberg auch ohne ständische Einwilligung verbindlich sind. Denn sie beziehen sich (mit allenfallsiger Ausnahme der durch den vierten Artikel angeordneten Bundescommission) nicht auf bleibende Anstalten oder Einrichtungen als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke. Es sind vielmehr solche Beschlüsse, welche die Annahme und Abänderung von Grundgesetzen zum Gegenstande haben und die Bundesakte selbst betreffen, zu deren Gültigkeit nach Artikel 3 der Bundesakte (und



Artikel 13 der Schlussakte) Stimmeneinheit erforderlich ist. Ohne rechtsgültige Zustimmung des Württembergischen Gesandten können daher solche Beschlüsse nicht gefasst werden, und rechtsgültig ist oder wird diese Zustimmung nur dann, wenn in Gemässheit des §. 88 und 176 unserer Verfassungsurkunde die Stände ihre Einwilligung ausdrücklich erklärt haben. So wenig als nun die — in Württemberg überdiess nie als Gesetz promulgirte — Schlussakte ohne ständische Einwilligung in Rechtskraft übergehen konnte, so wenig und noch weniger ist diess der Fall bei den auf sie gebauten und aus ihr abgeleiteten neuesten Beschlüssen, welche gleichfalls in die Kategorie der Grundgesetze grösstentheils gehören würden.

I. Schon aus diesen formellen Gründen folgt, dass die Regierung auf die sechs Artikel vom 28. Juni sich mit rechtlicher Wirkung nicht berufen kann, indem, wenn dieselben je für Württemberg als Gesetz gelten sollten, ihrer Bekanntmachung die ständische Einwilligung hätte vorausgehen müssen.

Ihre Ungültigkeit folgt aber auch

II. daraus, dass sie mit dem materiellen Inhalt unserer Verfassungsurkunde, namentlich der §§. 88. 109. 167. und 185. im Widerspruche stehen oder wenigstens jeden Augenblick ohne allen Zwang in Widerspruch gesetzt werden können, und dass jede Bürgschaft und Gewährleistung gegen eine dem Geist oder Wortlaut der Verfassungsurkunde widersprechende Aus-



legung mangelt. Vielmehr ist eine solche Auslegung nach den ausgesprochenen Gesinnungen und Absichten der Antragsteller um so gewisser zu erwarten, als vermöge des sechsten Artikels die württembergische Regierung das Recht der Bundesversammlung, die Bundes- und die Schlussakte, mithin auch die neuesten Beschlüsse, nach einfacher Stimmenmehrheit ohne Rücksicht auf entgegenstehende Landesverfassungen zu erklären und auf solche Weise das, was die Regierung selbst nur in verfassungsmässigem Sinn verstanden hat, verfassungswidrig auszulegen, unbedingt im Voraus anerkannt zu haben scheint.

Hiezu kommt noch

III. dass die gefassten Beschlüsse mit dem Geiste der Bundesakte selbst im Widerspruch stehen und von dem Grundcharakter des Bundes abweichen, was nach Art. 4 der Schlussakte Nichtigkeit zur Folge haben soll.

Wenn nämlich der deutsche Bund durch die Bundesakte sich für berufen erklärt, überall das Recht zu schützen und einen rechtlichen Zustand in ganz Deutschland an die Stelle der Willkür treten zu lassen, so muss er diesen Schutz vor Allem dem wichtigsten der durch die Bundesakte anerkannten und verbürgten Rechte, der freien Selbstgesetzgebung der Bundesglieder angedeihen lassen.

Eine Abweichung vom Geist der Bundesakte und



dem Grundcharakter des Bundes enthält nun aber schon der Art. 57 der Schlussakte, welcher bestimmt:

Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souveränen Fürsten besteht, so muss, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben, und der Souverän kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.

Die Bundesakte weiss nichts von einem monarchischen Prinzip und von willkürlicher Beschränkung der landständischen Rechte und Befugnisse zu dessen Gunsten. Was der Art. 57 selbst nicht umhin kann, zu erwähnen, dass auch Freistaaten unter den Mitgliedern des Bundes sich befinden, ist vielmehr Beweiss genug, dass die Aufrechthaltung des monarchischen Prinzips durch den Begriff und Zweck des Bundes keineswegs gegeben, sondern diesem fremd und der durch die Bundesakte Art. 1 und 2, und die Schlussakte Art. 1, 2, 32 und 53 anerkannten Autonomie der einzelnen Gliederstaaten überlassen ist. Schon der Art. 57 ist daher ein unächttes, unterschobenes Kind der diplomatischen Laune, und gerade dieser Blendling ist mit seinen Geschwistern die Hauptstütze der Beschlüsse, welche Einmischung in die innere Landesgesetzgebung, in ständische und in Verfassungsangelegenheiten, willkürliche Beschränkung der durch Art. 13 der Bundes-



akte zugesicherten Volksvertretung , Unterdrückung der Oeffentlichkeit , Entziehung des althergebrachten Rechts der Steuerverweigerung und Bevormundung der constitutionellen Staaten durch die absoluten Mächte , zum Gesetz des Bundes zu erheben scheinen.

Dass nun die fraglichen Beschlüsse nach der Bundesakte und der Württembergischen Verfassungsurkunde für Württemberg keine rechtliche Gültigkeit haben können , wird freilich keiner weiteren Ausführung bedürfen. Dadurch verringert sich jedoch nur wenig die Gefahr , womit dieselben faktisch unsre Verfassung und unsern ganzen Rechtszustand bedrohen , und wenn diese Gefahr auch abgewendet werden sollte , immer bleiben sie ein schmerzliches , das Nationalgefühl in seiner innersten Tiefe verwundendes Denkmal für das deutsche Volk , das zu ganz andern Hoffnungen und Erwartungen berechtigt war. Fast unwillkürlich wird man durch solche Feindseligkeiten auf die Vermuthung hingeleitet , dass dieselben nur das Mittel seyn sollen , die Völker Deutschlands mit dem Kampfe um ihr wohlerworbenes , theuer genug erkaufte Eigenthum so zu beschäftigen , dass ihnen keine Musse bleibt , an ihre anderweiten unveräusserlichen Rechte und an die unverjährbaren Ansprüche zu denken , deren endliche Befriedigung unter den wichtigsten und kränkendsten Vorwänden verweigert wird. Im unablässigen Ringen um ein splitterhaftes Daseyn soll das deutsche Volk dasjenige Ziel aus den Augen verlieren , welchem die natürliche Entwick-



lung der Dinge, der ganze Gang des Jahrhunderts mit unwiderstehlicher Gewalt es sonst entgegenführen müsste.

Dieses Ziel ist aber kein anderes als die Nationalvereinigung Deutschlands: die Wiederherstellung seiner alten Verfassung unter denjenigen Modifikationen, welche nicht die einseitige Willkür der Fürsten vorschreibt, sondern die freie Uebereinkunft der Nation mit den Regierungen vertragsmässig feststellt, oder Revision der Bundesakte in Gemeinschaft mit freigewählten Vertretern aus der Mitte der gesammten Nation.

Historisches und natürliches Recht fordern gleich dringend diesen grossen Akt versöhnender Gerechtigkeit. Denn auf den Rechtsschutz und alle Wohlthaten, welche die deutsche Reichsverfassung gewährte, hatte jeder Deutsche ein vollkommenes Recht, das durch den gewaltsamen Umsturz dieser Verfassung nicht verloren gieng. Ebendesswegen waren aber auch die Monarchen, welche sich als die Wiederhersteller des Rechts vor ganz Europa angekündigt, nicht befugt, an die Stelle jener, dem Rechte nach fortbestehenden, uralten Verfassung willkürlich und ohne Zustimmung der Nation für alle Zukunft eine andere zu setzen, die bei dem gänzlichen Mangel an volksthümlichen Elementen für das widerrechtlich Entzogene keinen Ersatz gewährt und von der die vornehmsten ihrer Stifter selbst bekennen mussten, dass sie als ein Werk des Dranges und der Eile dem vorgesetzten Zweck und den Erwartungen des



deutschen Volks nicht entspreche. Und mit dieser Forderung des historischen Rechts stimmt auf's innigste der Ausspruch des natürlichen Rechts zusammen, welches auf der heutigen Kulturstufe der europäischen Menschheit für die einzige vernünftige Grundlage der Staatsverbindung den Vertrag erklärt und für jede Nation die Anerkennung ihrer nationalen Persönlichkeit und ein selbständiges Daseyn als unveräusserliches Recht in Anspruch nimmt.

Was bis jetzt nur im Kleinen und im Einzelnen anerkannt und erfüllt worden ist, sollte daher endlich auch im Grossen und im Ganzen um so mehr versucht und verwirklicht werden, als ein freies gemeinschaftliches Vaterland und Wiedereintritt in die Reihe der selbständigen Nationen von Anfang an der Preis gewesen, der den deutschen Völkern als Lohn für ihre Anstrengungen und Aufopferungen im Kampfe gegen den grossen Feind der legitimen Fürsten, in Aussicht gestellt und versprochen wurde. Schon die Proklamation von Kalisch hat «die Wiederkehr eines ehrwürdigen Reichs» mit der Versicherung verkündigt, dass «die Gestaltung Deutschlands allein den Fürsten *und* Völkern Deutschlands anheimgestellt bleiben, — aus dem *ureigenen Geiste des deutschen Volks* heraustreten» solle; und Begründung «eines allgemeinen deutschen Bürgerrechts,» Anerkennung der «Rechte der *Deutschheit*,» deutsche Freiheit, Einheit, Selbständigkeit und Nationalität, «Wiederherstellung der deutschen Frei-



heit und Verfassung» unter zeitgemässen Modifikationen, blieben mehrere Jahre noch die Losungsworte, welche die Fürsten oder deren Bevollmächtigte unter steter Berufung auf den verjüngten und erneuten Geist der Zeit im Munde führten.

Mit vollem Recht erwartete daher die deutsche Nation eine volksthümliche Gesamtverfassung — volksthümlich, wie sie nur aus den Begriffen, Wünschen und Bedürfnissen der Nation und aus dem Zusammenwirken ihrer Vertreter mit den Regierungen, nicht aus den Kabinetten oder Ministerialkanzleien, hervorgehen kann. Natur und Vernunft, Theorie und Geschichte, unterstützen diesen Anspruch; die ganze Richtung des Jahrhunderts gebietet ihn; das Nationalbedürfniss hat ihn erzeugt; die Nationalehre heiligt ihn; alle materiellen und geistigen Interessen Deutschlands finden nur in ihm ihre wahre Befriedigung; die unseligsten Erfahrungen einer Reihe von Jahren haben über die gänzliche Unzulänglichkeit und Erfolglosigkeit der bestehenden, oktroyirten Bundesverfassung keinen Zweifel mehr übrig gelassen; und jetzt, wo die Vorbedingungen zu einer durchgreifenden Reform unter eigener Mitwirkung der Nation grösstentheils erfüllt, die Elemente zu Bildung einer constituirenden deutschen Nationalversammlung in den Landesversammlungen und Provinzialständen gegeben sind, scheinen die Gewalthaber ihre Verheissungen bis auf den letzten Buchstaben vergessen zu haben. Statt die in ihrer Vereinzelung noch schwachen



Keime eines volksthümlichen öffentlichen Lebens durch Vereinigung zu kräftigen und so zu entwickeln, dass dasselbe mehr und mehr den ganzen Umfang unserer Bundesverfassung ausfüllt und durchdringt, bleibt kein Mittel unversucht, den Geist des Volks zurückzudrängen und seine Theilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten zu schwächen und zu unterdrücken.

Aber in Deutschland wird der Kampf der widerstrebenden Elemente früher nicht zur Ruhe kommen, als bis die deutschen Regierungen sich dem Bedürfniss und Verlangen ihrer Völker fügen und in die Wiederherstellung der deutschen Nation und ihrer durch Willkür und Gewalt zertrümmerten Verfassung auf volksthümlicher Grundlage willigen. Jeder Versuch, die deutschen Angelegenheiten auf die Dauer befriedigend zu ordnen, wird misslingen, bis dem Volke selbst bei Ordnung dieser Angelegenheiten der gebührende Antheil gestattet wird, bis an die Stelle der Rechtsverweigerung und Versagung die Gewährung und Erfüllung getreten ist.

---





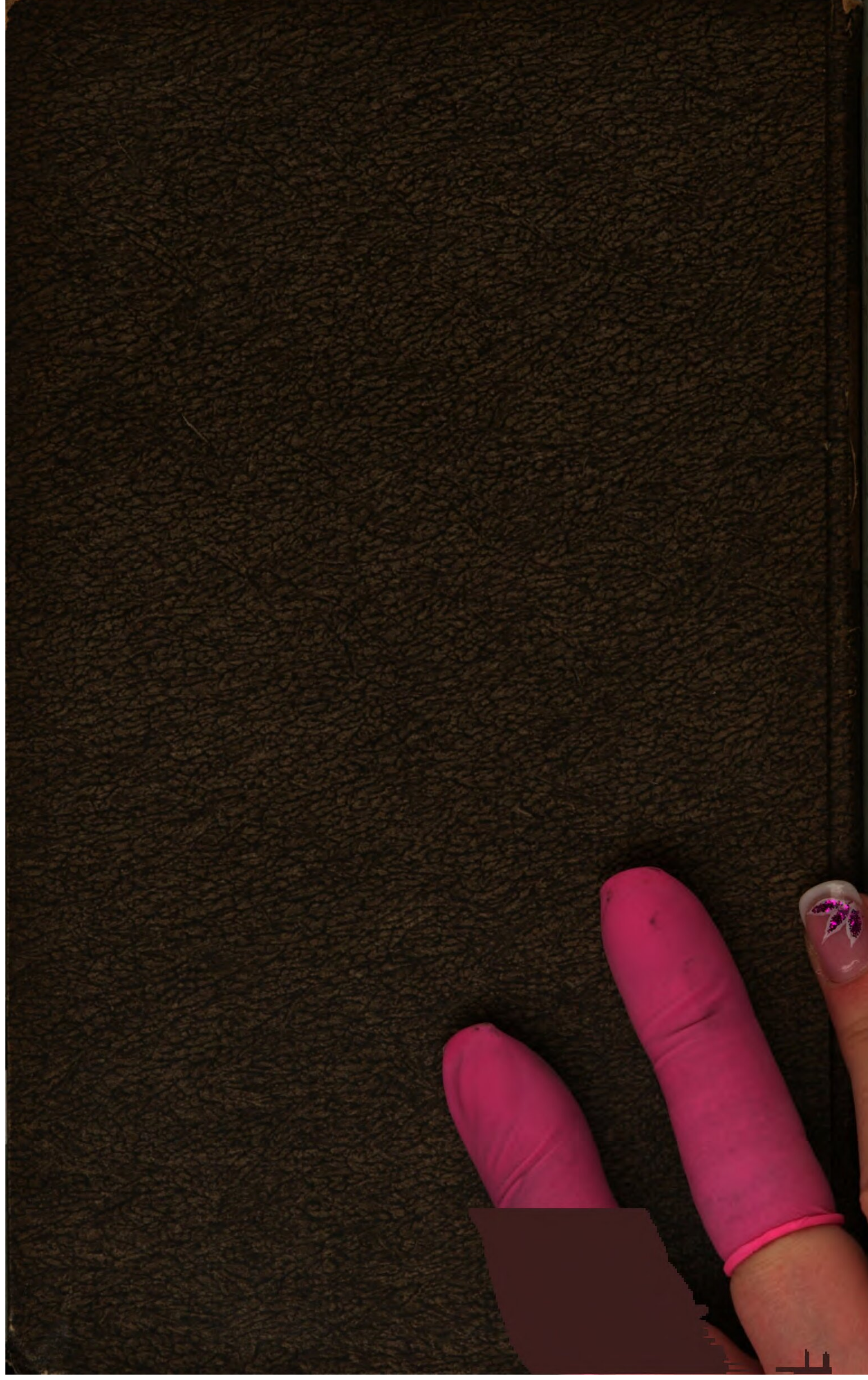














Pfizer, Paul Achatius, / Fuss, Paul Henri / Fuss, Nikolaj I.

Ueber das staatsrechtliche Verhältniss Würtembergs zu dem Deutschen Bunde  
ein Beitrag zur Würdigung der neuesten Bundesbeschlüsse

Straßburg 1832

J.publ.g. 585 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560711-9